

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

30.08.2018

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
+49 69 2577 1538
europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de



INHALTSVERZEICHNIS

Kommunale Belange und regionale Entwicklung	2
Wifi4EU: Weiteres Verfahren	2
Europa für Bürgerinnen und Bürger 2021-2027: Nationale Anhörung	2
Konferenz: Europäische Woche der Städte und Regionen	2
Verkehr und Mobilität	3
EVTZ Rhein-Alpen-Korridor: EBG Rouven Kötter stellvertretender Vorsitzender	3
Energie, Klima und Umwelt	4
Energieunion: Verhandlungen zu zentralen Richtlinien erfolgreich abgeschlossen	4
Konsultation: Langfristige EU-Klimaschutzstrategie	4
Konsultation: Überprüfung der Richtlinie für städtisches Abwassermanagement	5
EU Green Capital: Gewinner 2019/20, Aufruf für 2020/21	5
Wirtschaft, Forschung und Innovation	6
Neues Förderprogramm: DIGITAL EUROPE ab 2021	6
Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Veranstaltungen	7
Aufruf: Europäischer Nachhaltigkeitspreis	7
Neues aus dem Europabüro	7
Homepage: Neuer Auftritt für das Europabüro	7
Folgen Sie uns auf Twitter	8

Kommunale Belange und regionale Entwicklung

Wifi4EU: Weiteres Verfahren

Nachdem der erste Förderaufruf am 15. Mai 2018 geöffnet und später auf Grund technischer Probleme annulliert wurde, hat die Europäische Kommission angekündigt, voraussichtlich im Herbst 2018 eine neue Projektaufforderung für nun bis zu 2.500 Gutscheine zu starten.

Hierzu soll in der zweiten Septemberhälfte 2018 das Internetportal WiFi4EU (www.wifi4eu.eu) zunächst erneut geöffnet werden. Zeitnah danach soll der neue Projektauftrag geöffnet werden. Sobald das Portal wieder online geht, werden alle registrierten Gemeinden per E-Mail darüber informiert. Außerdem werden die Informationen auch über das Portal veröffentlicht. Die bestehenden Registrierungen von Gemeinden sind im Portal gespeichert und können erneut genutzt werden, wenn das Portal wieder online ist. Darüber hinaus können sich auch Gemeinden registrieren, die dies noch nicht gemacht haben.

Da das Portal derzeit nicht verfügbar ist, sind im Moment die Registrierung, die Änderung der Angaben und das Hochladen von Dokumenten nicht möglich.

Durch das Förderprogramm WiFi4EU kann die Einrichtung von WLAN-Hotspots auf öffentlichen Plätzen oder in öffentlichen Einrichtungen finanziert werden. Das Programm hat ein Gesamtbudget von 120 Mio. Euro. So sollen europaweit 6.000 bis 8.000 Kommunen von dem Programm profitieren können. In den nächsten Jahren wird eine Antragstellung im halbjährlichen Rhythmus möglich sein.

Weitere Informationen unter www.wifi4eu.eu. Eine Übersicht häufig gestellter Fragen und Antworten finden Sie [hier](#).

Europa für Bürgerinnen und Bürger 2021-2027: Nationale Anhörung

Am 18. September 2018 lädt die Nationale Kontaktstelle des Förderprogramms Europa für Bürgerinnen und Bürger zusammen mit der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Putrich, Interessierte und insbesondere Kommunen ein, um im Rahmen einer nationalen Anhörung über das zukünftige EU-Förderprogramm „Rechte und Werte“ zu diskutieren.

Das Programm „Rechte und Werte“ wird in der EU-Förderperiode 2021-2027 das für die kommunale Städtepartnerschaftsarbeit wichtige Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger 2014-2020“ (EfBB) umfassen.

Die Veranstaltung findet am 18. September 2018 von 11:00 bis 15:30 Uhr in der Hessischen Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, statt. Anmeldefrist ist der 12. September 2018. Die Anmeldung erfolgt online auf der Seite der [nationalen Kontaktstelle](#). Einen Veranstaltungsablauf finden Sie [hier](#).

Konferenz: Europäische Woche der Städte und Regionen

Vom 8. bis 11. Oktober 2018 veranstaltet der Ausschuss der Regionen zusammen mit der Europäischen Kommission die „Woche der Städte und Regionen“. Die alljährlich in Brüssel stattfindende Konferenzwoche ist die größte Veranstaltung zur Europäischen Regionalpolitik: Jedes Jahr im Oktober diskutieren über 6.000 Teilnehmer aus Kommunen und Regionen in mehr als 100 Workshops, Debatten und Ausstellungen zu den aktuellen Herausforderungen der Regionalpolitik.

Die diesjährige Veranstaltungswoche steht unter dem Titel „Eine starke EU Kohäsionspolitik nach 2020“ und fokussiert auf thematische Cluster wie „territoriale Entwicklung“, „Energie, Klima und Umwelt“, „Forschung und Innovation“ oder „Nachhaltiger Verkehr und Mobilität“.

Eine Programmübersicht ist [hier](#) (auf Englisch) einsehbar. Registrierungen sind unter folgendem Link möglich: [Registrierung](#) (auf Englisch).

Verkehr und Mobilität

EVTZ Rhein-Alpen-Korridor: EBG Rouven Kötter stellvertretender Vorsitzender

Auf der Halbjahresversammlung der „Interregionalen Allianz für den Rhein-Alpen-Korridor“ in Brüssel wurde im Juni 2018 der Erste Beigeordnete des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain, Rouven Kötter, zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Die Amtszeit beträgt drei Jahre. Die Allianz aus Kommunen, Regionen und Häfen wurde 2015 als EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) gegründet und zählt insgesamt 21 Mitglieder aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden und der Schweiz. Sie kümmern sich gemeinsam um Fragen der Verkehrsinfrastruktur sowie der Gestaltung des direkten Lebensraumes entlang dieses rund 1300 Kilometer langen Korridors.

Die Halbjahresversammlung des EVTZ wurde um die nach 2010 und 2014 zum dritten Mal stattfindende Korridor-Konferenz in Brüssel ergänzt. Sie diente dem gemeinsamen Erfahrungsaustausch. Rund 130 Delegierte folgten der Einladung. Zu Beginn blickte die Vorsitzende Conny Bieze (Provinz Gelderland, Niederlande) auf die erfolgreiche Arbeit des EVTZ zurück, der seit seiner Gründung die Mitgliederzahl verdoppeln konnte. Weitere Redner waren u. a. der von der EU bestellte Koordinator für den Rhein-Alpen-Korridor, Dr. Paweł Wojciechowski sowie Herald Ruijters von der Generaldirektion Verkehr der EU-Kommission. Im Zentrum der Diskussionen standen die Chancen und Herausforderungen für den Rhein-Alpen-Korridor, die Infrastrukturförderung in der „Connecting Europe Facility“ (CEF) nach 2021, aber auch die potentiellen Auswirkungen der von China betriebenen „Neuen Seidenstraße“ auf den Korridor. Gemeinsam wolle man sich um einen weiteren Ausbau der Schieneninfrastruktur, aber auch um eine Kapazitätssteigerung im bestehenden Netz, um eine Verknüpfung mit der Binnenschifffahrt und um emissionsärmere Verkehrsmittel bemühen.

Die Informationsseite des EVTZ findet sich unter diesem [Link](#).



Der neue stellvertretende EVTZ-Vorsitzende Rouven Kötter (rechts) gemeinsam mit Conny Bieze (Vorsitzende, Niederlande) und dem stellvertretenden Vorsitzenden Paolo Balistreri (links, Italien)

Bild: Regionalverband FrankfurtRheinMain

Energie, Klima und Umwelt

Energieunion: Verhandlungen zu zentralen Richtlinien erfolgreich abgeschlossen

Die Verhandlungen zwischen Europäischem Rat und dem Europäischen Parlament (sog. „Trilog“) über drei zentrale Regulierungsvorhaben zur europäischen Energieunion sind vor der parlamentarischen Sommerpause erfolgreich abgeschlossen worden.

Die Neufassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (2016/0382 COD) definiert den Zielwert des Energieanteils aus erneuerbaren Quellen am Gesamtenergieverbrauch der EU im Jahr 2030. Die Kommission hatte einen Wert von 27 % vorgeschlagen. Die Gesetzgeber einigten sich nun auf 32 %. Dieses Ziel ist verbindlich und muss entsprechend in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Für den Transportsektor gibt es eine Mindestquote an erneuerbaren Energien von 14 %, die Anteile von Biokraftstoffen aus Nahrungs- oder Futtermittel werden dabei auf dem jetzigen Stand eingefroren, Palmöl darf ab 2030 nicht mehr verwendet werden. Die Fördersysteme für erneuerbare Energiequellen sollen künftig stärker marktwirtschaftlich orientiert sein. Außerdem erkennt die Richtlinie Energiegemeinschaften sowie private und kommunale Kleinanlagen für den Eigenverbrauch als zentrale Elemente der Energiewende an. Sie sollen von den Gesetzgebern nicht schlechter behandelt werden, als große kommerzielle Stromerzeuger, nicht mit überproportionalen Gebühren oder zusätzlichen Steuern belegt werden sowie leichter eigene Stromspeicherstrukturen aufbauen können (Artikel 21 und 22). Der englischsprachige Kompromisstext findet sich unter diesem [Link](#), die Pressemitteilung [hier](#).

Keine verbindliche Einigung konnte bei der Neufassung der Energieeffizienz-Richtlinie (2016/0376 COD) erzielt werden, die EU-weite Einsparungen beim Energieverbrauch definiert. Parlament und Rat trafen sich bei einem Zielwert von 32,5 % Energieeinsparung gegenüber einer zugrunde gelegten Referenzentwicklung bis 2030 und damit in der Mitte ihrer ursprünglichen Positionen. Da es sich um einen Richtwert handelt, ist es den Mitgliedsstaaten überlassen, wie sie ihren Beitrag zu diesem EU-Ziel leisten. Allerdings sollte der Endenergieverbrauch ab 2021 jedes Jahr um 0,8 % des Energieverbrauchs im Vorjahr zurückgehen – den Verkehrssektor eingerechnet. Eine zwischenzeitlich im Parlament diskutierte Pflicht zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude taucht im [Kompromisstext](#) nicht mehr auf.

Ergänzt wird dies um die Verordnung zur Steuerung der Energieunion (2016/0375 COD). Mit dieser sollen die Umsetzung der genannten Ziele, der Vereinbarungen unter dem Pariser Klimaschutzabkommen und der Bestimmungen aus der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (vgl. [Europa Info 04/2018](#)) sichergestellt werden. Kernpunkt ist die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, bis Jahresende 2019 einen nationalen Energie- und Klimaplan für den Zeitraum 2021 bis 2030 auszuarbeiten. Die Verordnung gibt vor, dass dabei auch lokale und regionale Akteure zu beteiligen sind, um eine bessere Verknüpfung zwischen Rahmenordnung und Umsetzung vor Ort zu gewährleisten (Art. 10). Weitere Infos können [hier](#) oder dem finalen [Kompromisstext](#) entnommen werden.

Formell müssen diese Einigungen noch von den Vollversammlungen im Rat und im Parlament abgesegnet werden. Dies wird voraussichtlich im Oktober 2018 der Fall sein.

Konsultation: Langfristige EU-Klimaschutzstrategie

Zur Vorbereitung einer langfristigen EU-Klimaschutzstrategie ist eine umfangreiche Konsultation freigeschaltet worden, die sich auch an die allgemeine Öffentlichkeit und kommunale oder regionale Behörden richtet. Eine Beteiligung an der Konsultation „Die künftige Klima- und Energiepolitik - eine Strategie für die langfristige Verringerung der Treibhausgasemissionen in der EU“ ist bis zum 8. Oktober 2018 unter diesem [Link](#) möglich.

Die Konsultation besteht sowohl aus Multiple-Choice- als auch aus Freitext-Fragen. Im allgemeinen Teil werden u. a. grundlegende Ziele bei der Reduktion von Treibhausgasen, die Bereitschaft zum individuellen Verhaltenswandel und Einschätzungen zu den Auswirkungen in den verschiedenen Lebensbereichen abgefragt. Dabei spielt auch die Relevanz verschiedener Akteure und Entscheidungsebenen bei der praktischen Umsetzung eine Rolle. Ein zweiter Teil beinhaltet eher fachspezifische Einschätzungen zu den Möglichkeiten und den Mitteln der Emissionsreduktionen in Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Flächennutzung.

Die Europäische Union möchte mit dieser Strategie einen europäischen Konsens zum Klimaschutz in der EU bis 2050 erzielen. Zentrale Handlungsfelder sollen die Dekarbonisierung des europäischen Wirtschafts- und Verkehrssystems und die europäische Energiewende sein.

Hintergrund ist, dass die kürzlich vereinbarten Bestimmungen zur Energieunion (s. Seite 4 dieser Ausgabe) sowie die laufenden Verhandlungen zu neuen Reduzierungszielen für den CO₂-Ausstoß bei PKW und LKW die Europäische Klimapolitik lediglich bis 2030 umreißen. Die Ambitionen des Pariser Klimaschutzabkommens, z. B. die globale Erwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen, erstrecken sich allerdings auf einen längeren Zeitraum.

Weitere Informationen finden Sie auf der [Homepage](#) der Europäischen Kommission sowie im entsprechenden englischsprachigen [Fahrplan](#).

Die Kommission möchte auf Grundlage der Konsultation dann im Dezember 2018 ein erstes Optionspapier für mögliche Handlungspfade vorlegen und im ersten Quartal 2019 ihren Entwurf für die Strategie vorstellen. Nach einer Diskussion zwischen Kommission und Mitgliedsstaaten soll der Rat zum Jahreswechsel 2019/2020 die endgültige Version beschließen.

Konsultation: Überprüfung der Richtlinie für städtisches Abwassermanagement

Die Europäische Kommission hat am 13. Juli 2018 eine Konsultation zur Überprüfung und Bewertung der europäischen Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser (91/271/EWG) geöffnet. Die aus dem Jahr 1991 stammende Richtlinie setzt Standards für das Sammeln, Behandeln und Ableiten von Abwasser in die kommunalen Schmutzwassersysteme sowie für die Einleitung von Industrieabwässern.

Mit Hilfe von Multiple-Choice-Fragen werden im ersten Teil die allgemeinen Einschätzungen der zu Wasserqualität, zum kommunalem Abwassermanagement und zum Informationsstand der Bevölkerung abgefragt. Ein zweiter Teil besteht aus detaillierteren, technischen Fragen und Einschätzungen, die sich an kommunale Praktiker und Experten richten. Es ist möglich, jeweils nur den ersten oder zweiten Teil zu beantworten. Die Konsultation richtet sich also gleichermaßen an die breite Öffentlichkeit wie an Fachleute und soll klären, ob die Richtlinie heute noch relevant ist beziehungsweise wie effektiv und effizient sie zu leistungsfähigen Klärsystemen in Europa beiträgt.

Dieser [Link](#) führt direkt zur Konsultation. Weitere Informationen finden sich auf der entsprechenden [Informationsseite](#) oder im englischsprachigen [Fahrplan](#). Eine Teilnahme ist noch bis zum 19. Oktober 2018 möglich.

EU Green Capital: Gewinner 2019/20, Aufruf für 2020/21

Lissabon (Portugal) wurde zur nächsten Grünen Hauptstadt Europas für die Jahre 2019 und 2020 ernannt. Dies gab EU-Kommissar Karmenu Vella im Juni 2018 in der aktuellen Grünen Hauptstadt Nijmegen (Niederlande) bekannt.

Mit dem [Titel](#) werden seit 2010 besonders nachhaltige und umweltfreundliche Kommunen über 100.000 Einwohner von einer Fachjury geehrt. Lissabon konnte sich in der Finalrunde gegen Gent und Lahti durchsetzen. Die Jury lobte die nachhaltige Stadtmobilität, die verantwortungsvolle Landnutzung sowie die innovativen Klimaanpassungsmaßnahmen mit einer vorbildlichen Abfallverwertung. Als Preisgeld erhält Lissabon eine Projektförderung in Höhe von 350.000 Euro.

Aus Deutschland wurden bislang Hamburg (2011) und Essen (2017) mit dem Titel ausgezeichnet. Für Städte unter 100.000 Einwohner wird das „Green Leaf“ verliehen. Die Preisträger für die Jahre 2019 und 2020 sind Cornellà de Llobregat (Spanien) und Horst aan de Maas (Niederlande). Weitere Infos finden Sie [hier](#).

Damit ist nun auch die Bewerbungsphase für die Grüne Hauptstadt und das „Green Leaf“ 2020/2021 geöffnet worden. Entsprechende Bewerbungen müssen bis zum 18. Oktober 2018 um 16 Uhr MEZ auf einem [Online-Portal](#) in englischer Sprache erfolgen. Die Städte sollen sich durch umfangreiche Maßnahmen in der Vergangenheit sowie ein ambitioniertes Umweltprogramm für die Zukunft auszeichnen und damit Vorbildcharakter für Europa haben. Dazu ist eine Beschreibung des Ist-Zustandes, der umweltpolitischen Maßnahmen in der Vergangenheit und insbesondere der kurz- und langfristigen Entwicklungsstrategie mit entsprechenden Maßnahmen erforderlich. Die Städte werden anschließend in 12 Kategorien (u. a. Klimawandel, Flächennutzung, Lärm, Luftqualität, Verkehr, und Energiemanagement) evaluiert. Aus allen Bewerbern werden Finalisten ausgewählt, die ihre Konzepte dann nochmals in einer Endrunde in Brüssel vorstellen.

Weitere Informationen zum Bewerbungsverfahren gibt es [hier](#) oder im [Bewerber-Handbuch](#).

Wirtschaft, Forschung und Innovation

Neues Förderprogramm: DIGITAL EUROPE ab 2021

Im Zuge der Planung des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 hat die EU-Kommission die Einführung eines neuen Förderprogramms vorgeschlagen: „Digital Europe“ soll mit insgesamt 9,2 Milliarden Euro Investitionen den digitalen Wandel unterstützen.

Der entsprechende [Verordnungsvorschlag](#) COM(2018) 434 sieht vor, sozio-ökonomische und technologische Anpassungsprozesse von breitem öffentlichen Interesse zu fördern. Entsprechend soll es fünf Schwerpunktbereiche geben:

1. Hochleistungscomputer (2,7 Milliarden Euro),
2. Künstliche Intelligenz (2,5 Milliarden Euro),
3. Cyber-Sicherheit (2 Milliarden Euro),
4. Höhere digitale Fähigkeiten (0,7 Milliarden Euro)
5. Verbreitung digitaler Anwendungen in Wirtschaft und Gesellschaft (1,3 Milliarden Euro).

Während sich die ersten Prioritäten voraussichtlich an Unternehmen und Projektkonsortien aus Wirtschaft und Forschung richten werden, zielen die letzten beiden Schwerpunkte u. a. auf die Planung und Umsetzung von kurz- und langfristigen Fortbildungsmaßnahmen sowie auf die Anwendung digitaler Systeme in Verwaltungen, auf die Interoperabilität von Verwaltungsdienstleistungen sowie auf den Aufbau eines EU-Netzes an örtlichen „Innovation Hubs“ ab.

Das Europäische Parlament und der Rat werden im 2. Halbjahr 2018 im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung (vgl. [Europa Info 06/2018](#)) über die Einführung dieses Programmes beraten. Detailliertere Informationen finden sich in englischer Sprache in der [Pressemitteilung](#) und im [Informationsflyer](#).

Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Veranstaltungen

Aufruf: Europäischer Nachhaltigkeitspreis

In diesem Jahr hat die Europäische Kommission zum ersten Mal einen europäischen [Nachhaltigkeitspreis](#) ausgeschrieben. Um diese Auszeichnung können sich noch bis zum 14. September 2018 Kommunen, Unternehmen und Organisationen bewerben, die mit innovativen Ansätzen und Projekten zur Förderung eines nachhaltigen Europas beitragen.

Der Wettbewerb ist in die vier Kategorien „Jugend“, „öffentliche Einrichtungen“, „private Einrichtungen“ und „Zivilgesellschaft“ aufgeteilt. Das Motto zur Premiere lautet „Befähigung von Menschen und Gewährleistung von Inklusion und Gleichheit“. Damit zielt der Preis auf soziale Nachhaltigkeit ab und orientiert sich an den [Nachhaltigkeitszielen](#) der Vereinten Nationen.

Der Preis ist rein ideell und nicht mit einer finanziellen Vergütung verbunden. Die Gewinner werden im Frühjahr 2019 in einer feierlichen Veranstaltung durch die Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans und Jyrki Katainen, bekannt gegeben.

Bewerbungen können unter der E-Mail-Adresse SG-STAKEHOLDERPLATFORM-SDG@ec.europa.eu bis zum 14. September eingereicht werden. Weitere Informationen erhalten Sie in der [Bewerberanleitung](#) und den [FAQs](#) jeweils in englischer Sprache.

Neues aus dem Europabüro

Homepage: Neuer Auftritt für das Europabüro

Nach der parlamentarischen Sommerpause in Brüssel erscheint nicht nur der Europa Info in neuem, zeitgemäßem Design: Alle Materialien des Europabüros der Metropolregion FrankfurtRheinMain wurden überarbeitet.

Ein besonderes Highlight ist dabei die neue, eigenständige Webseite: Unter www.europabuero-frm.de gibt es nun eine digitale Anlaufstelle für alle kommunalen EU-Belange in der Metropolregion FrankfurtRheinMain.

Neben der Darstellung der Europaarbeit und den passenden Ansprechpartnern finden sich dort aktuelle [Stellungnahmen](#) und Positionspapiere aus der laufenden Interessensvertretung in Brüssel. Eine besondere Neuerung ist der „[News-Feed](#)“: Unter dieser Rubrik sind aktuelle Neuigkeiten zu kommunal- und regional-relevanten Entwicklungen auf europäischer Ebene zusammengefasst. Ergänzt wird dies um die [Faktenblätter](#), in denen zentrale Dossiers kompakt aufbereitet sind. Kernstück der Seite sind ausführliche Beschreibungen der [EU-Fördermöglichkeiten](#). Wir haben diese Informationen für Sie ebenfalls zum ersten Mal in einem handlichen digitalen [Fördermittelhandbuch](#) für FrankfurtRheinMain zusammengefasst, das Sie sich ab sofort auf der Homepage herunterladen können. Ebenso können Sie dort den aktuellen [Europa-Info](#) sowie die archivierten älteren Ausgaben finden.

Mit dieser Seite sind die Leistungen des Europabüros nun auf einen Klick zugänglich. Damit bieten wir einen digitalen „Link to Europe“ zwischen den Kommunen in der Metropolregion und der Vertretung in Brüssel.

Folgen Sie uns auf Twitter!

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](https://twitter.com/RegionFrankfurt) suchen und auf „Folgen“ klicken.



FrankfurtRheinMain
@RegionFrankfurt

Metropolitan Region FrankfurtRheinMain in Brussels. Together with my colleagues working on regional policy, SMEs, transport, energy & peri-urban matters.

Brüssel, Belgien

region-frankfurt.de/europabuero

Beigetreten Oktober 2011

39 Fotos und Videos



FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 9. Juli

Für innovative #Projekte im #Breitbandausbau gibt es den europäischen #Breitband-#Preis 2018. Bewerbungsschluss ist der 7. September. Weitere Infos:



Apply for the 2018 European Broadband Awards!
Are you involved in a project providing citizens with access to high-speed broadband internet? Apply for the European Broadband Awards 2018! All...
ec.europa.eu

FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 17. Juli

Wie kann der #Verwaltungsaufwand bei der EU-#Regionalförderung reduziert werden? Die @EU_Commission hat 80 Vereinfachungsvorschläge in einem Handbuch zusammengefasst: ec.europa.eu/regional_polic... @EU_Regional @RegioCoop



80 Vereinfachungsmaßnahmen in der Kohäsions...
- Inforegio :
ec.europa.eu